

8. Rahmenvertrag

Es wird nachfolgender Rahmenvertrag beauftrag:

Musterrahmenvertrag

für

zwischen

dem **Land Baden-Württemberg**,
vertreten durch Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (VM)
vertreten durch den Ministerialdirektor Berthold Frieß
- Auftraggeber-

und

XXX
vertreten durch XXX
(Auftragnehmer)

über folgende grundsätzliche Bestimmungen zur Unterstützung bei Planungs- und Beratungsleistungen des Auftraggebers im Anschluss an das Vergabeverfahren:

Präambel

Der vorliegende Rahmenvertrag regelt die Unterstützung bei Beratungsleistungen des Auftraggebers zur Konzeption und Einführung des Mobilitätspasses sowie der Mobilitätsgarantie.

Einzelnen Maßnahmen können und sind heute noch nicht abschließend festgelegt und sind daher jeweils in weiteren Prozess zu definieren.

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Der Auftragnehmer erbringt gegenüber dem Auftraggeber Unterstützung bei Beratungsleistungen des Auftraggebers zur Konzeption und Einführung des Mobilitätspasses sowie der Mobilitätsgarantie. Der vorliegende **Rahmenvertrag** bildet die Grundlage für die Vereinbarung und Abrechnung der auf Basis von Kostenvoranschlägen freigegebenen Bausteine/Aufgaben.
- (2) Der Auftragnehmer erbringt gegenüber dem Auftraggeber sowohl **ständige** als auch **projekthafte** Leistungen. Der vorliegende Rahmenvertrag regelt die Bedingungen der ständigen Beratung und Unterstützung und bildet Grundlage für die Beauftragung ergänzender Projekte. Die Vergütung des Auftragnehmers unterscheidet in Beratungs- und Fremdkosten.
- (3) Die **Beraterkosten** werden **nach Aufwand oder als Festpreis im Rahmen einer Werkleistung** (s.u.) vergütet. Sämtliche Leistungen der projekthaften Bausteine werden jeweils vorab durch ein Angebot, mit festem Leistungsverzeichnis und Budget, abgestimmt (Kostenvoranschlag). Diese beinhalten für die Leistungen des Beraters Annahmen (auf Basis der gewichteten Stunden- und Tagessätze), bzw. soweit beschreibbar Werkleistungen und vorher abgeschätzte Sach- und Fremdkosten. **Fremdkosten werden der angefallenen Höhe nach (s.u.) ausgeglichen.**
- (4) Maßgeblich für die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen im Rahmen dieses Vertrages sind die folgenden Grundlagen in der beschriebenen Reihenfolge, welche im Falle von Widersprüchen und/oder Unklarheiten gleichzeitig ihre Rangfolge bildet:
 - a. die Bestimmungen dieses Vertrages,
 - b. die Verdingungsunterlagen des Auftraggebers vom TT.MM.JJJJ,
 - c. die Informationsschreiben des Auftraggebers an die Bieter
 - d. die Leistungsbeschreibung aus dem Angebot des Auftragnehmers vom **xx.xx.xxxx**,
 - e. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

- (5) Die Geltung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers ist ausgeschlossen, auch wenn der Auftraggeber diesen nicht ausdrücklich widersprochen hat.
- (6) Es gelten die Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG).
- (7) Ergänzende Leistungen können nur nach expliziter vorheriger Beauftragung/ Freigabe durch den AG auf Stunden- bzw. Tagessatzbasis abgerechnet werden.

§ 2 Leistungen der Beratungsleistungen

- (1) Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber in folgenden Arbeitspaketen (AP):

LOS 1: Fachliche Beratung und Berechnung Mobilitätsgarantie und Mobilitätspass sowie Kommunikation

AP 1: Projektsteuerung

AP 2: Fachliche und organisatorische Vor- und Nachbereitung und Moderation Lenkungskreis und Arbeitskreis Modellkommunen

AP 3: Fachliche Beratung und Berechnung der Erlöse durch Mobilitätspass

AP 4: Fachliche Beratung und Kostenberechnung Mobilitätsgarantie sowie Ausarbeitung Mindestbedienstandard

AP 5: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der AN unterstützt den AG zudem in LOS 1 in den APen 3 und 4 bei möglichen ad-hoc-Anfragen.

LOS 2: Rechtsberatung

AP 1: Projektkoordination

AP 2: Rechtliche Beratung und Begleitung der Gesetzgebungsprozesse

AP 3: Umsetzungskonzeption Mobilitätspass

AP 4: Erarbeitung Umsetzungsleitfaden

- (2) Die Arbeiten in den einzelnen Arbeitspaketen werden sowohl im Rahmen der **laufenden Betreuung** als auch im Rahmen von **projekthaften Bausteinen** beauftragt. Die Leistungen sowie der Umfang der Leistungen in den einzelnen Arbeitspaketen können über die Jahre hinweg variieren und werden unterschiedliche Schwerpunkte und Umfänge haben.
- (3) Für den Auftrag „**Laufende Betreuung**“ wird ein Dienstleistungsauftrag über die gesamte Vertragslaufzeit erteilt. Im Rahmen der laufenden Betreuung werden

üblicherweise folgende APs erledigt: in LOS 1 AP 1, AP 2 / in LOS 2 AP 1 und AP 2. Die enthaltenen Leistungen können miteinander verrechnet werden, um eine möglichst hohe Flexibilität in der Beratung und Unterstützung zu gewährleisten.

- (4) Die **projekthaften Aufgaben** werden **bei Bedarf** – insbesondere im Rahmen von Kick-off-Terminen zu einzelnen APs – **im Einzelnen** zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer in Bezug auf die Leistung und deren Umfang konkretisiert und separat oder gebündelt angeboten und ggf. beauftragt. Dazu erstellt der Auftragnehmer einen Kostenvoranschlag, den der Auftraggeber zur Änderung der vorlaufenden Regelungen ggf. beauftragt. Aufträge die eine Wertgrenze vom 5-fachen des Bruttostundensatzes eines Projektleiters nicht übersteigen gelten ohne Kostenvoranschlag als erteilt. Lehnt der Auftraggeber die Beauftragung eines Kostenvoranschlags ab, wird die Erstellung des Kostenvoranschlags (Stunden) nicht vergütet.

Im Rahmen der Erstellung des Kostenvoranschlags, der ein festes Leistungsverzeichnis und Budget enthält, wird die Beratungsleistung grundsätzlich als Dienstleistung, jedoch soweit möglich (z.B. ein Gutachten, Erstellen einer Broschüre) als Werkleistung mit einem definierten Erfolg beschrieben.

Der Dienstleistungsteil enthält eine angenommene Zahl von Stunden (auf Basis der genannten Stunden- und Tagessätze), die beauftragt wird. Der veranschlagte Aufwand kann nur bei unvorhergesehenen Ereignissen oder für die Zukunft angepasst werden. Auf die Hinweispflicht im Rahmen der Berichtspflichten wird verwiesen. Versäumt der Auftragnehmer wichtige Teilleistungen zu kalkulieren, können diese nicht nachträglich berechnet werden.

Soweit Werkverträge definiert sind, liegt eine Einigung auf eine konkrete Leistung vor. Eine Stundenabrechnung/ ein Aufwandsnachweis ist ausdrücklich nicht erforderlich. Der Auftraggeber muss ein Werk 4 Wochen nach Lieferung abnehmen. Sowohl Lieferung (Lieferschein) als auch Abnahme ist schriftlich zu dokumentieren. Die Abnahme kann nur wegen wesentlichen Mängeln verweigert werden.

§ 3 Verantwortliche Ansprechperson

- (1) Für die Erbringung der Leistungen werden vom Auftragnehmer als Projektleiter/in und Ansprechpartner/innen im Einvernehmen mit dem Auftraggeber nachfolgende Personen (und deren Vertreter/innen) eingesetzt:

a. Xx

b. Xx

c. Xx

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, vorgenannte Personen nur in Abstimmung mit dem Auftraggeber auszutauschen. Der Auftragnehmer hat den/ die Projektleiter/in damit zu betrauen, die Leistungen des Auftragnehmers intern zu koordinieren und den Informationstausch mit dem Auftraggeber durchzuführen. Sie/Er oder sein/e Vertreter/in nimmt nach Erfordernis an allen Besprechungen des Auftragnehmers mit dem Auftraggeber teil.

Scheidet der/die verantwortliche Projektleiter/in oder dessen Stellvertreter/in aus dem Unternehmen des Auftraggebers aus, ist dem Auftraggeber unverzüglich Mitteilung zu machen, sobald der Auftragnehmer von einem möglichen Ausscheiden Kenntnis erlangt.

In diesen sowie allen anderen Fällen ist eine Ablösung bzw. Neubestellung mit vorheriger schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers oder auf dessen begründetes Verlangen möglich. Die Einwilligung des Auftraggebers darf nicht ohne wichtigen Grund verweigert werden.

- (2) Der Auftragnehmer stellt für die Erbringung der Leistung ausreichendes Personal zur Verfügung. Die Mitarbeiter/innen arbeiten dabei in der dargestellten Struktur zusammen (Anlage).

§ 4 Zusammenarbeit

- (1) Der Auftragnehmer bestimmt seinen Arbeitsort und seine Arbeitszeit eigenverantwortlich.
- (2) Grundsätzlich wird die Zusammenarbeit zwischen Auftragnehmer und dem Auftraggeber über den/die ProjektleiterIn des Auftragnehmers und der noch zu benennenden Projektleitung des Auftraggebers koordiniert. Es wird auch die Teilnahme an Sitzungen in Stuttgart erwartet.
- (3) Der Auftragnehmer stellt die fristgerechte Abwicklung der Aufträge und die Einhaltung sämtlicher Termine sicher. Auch die fristgerechte Reaktion auf Anforderungen des Auftraggebers wird seitens des Auftragnehmers sichergestellt. Dabei gibt der Auftraggeber eine ausreichende Frist vor. Zur Gesamtsteuerung aller anfallenden Aufgaben stimmt der Auftragnehmer sich regelmäßig mit dem Auftraggeber zum Stand der Arbeiten ab.
- (4) Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer, die für die Leistungserbringung benötigten Informationen zur streng vertraulichen Behandlung zur Verfügung stellen.
- (5) Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass heute nicht alle Fragen in inhaltlicher, kaufmännischer und rechtlicher Hinsicht erfasst und geregelt werden können. Der

vorliegende Vertrag gibt den heutigen Stand wieder. Die Vertragspartner verpflichten sich, die künftigen Herausforderungen in einer engen und fairen Kooperation zu lösen.

§ 5 Beauftragung von Leistungen

- (1) Die Beraterleistungen werden zu nachfolgende festgelegten Stundensätze angeboten:

Tätigkeit	Stundensatz netto zzgl. MwSt.
Projektleitung	xxx,xx €
Senior Beratung	xxx,xx €
Junior Beratung	xxx,xx €
Assistenz	xxx,xx €

- (2) Die Stundensätze enthalten alle Nebenkosten. Eine Dynamisierung der Stundensätze findet nicht statt.
- (3) **Alle Leistungen** - wie unter § 2 Abs. 1 beschrieben – werden jeweils vorab gemäß § 2 Abs. 3 abgestimmt und anschließend jeweils einzeln beauftragt. Ergeben sich im Laufe der Erarbeitung Änderungen, werden diese in einer Änderungsvereinbarung im Vorhinein abgestimmt. Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlich verbrauchtem Aufwand.
- (4) Grundsätzlich wird das Stundenkontingent der „**Laufende Betreuung**“ quartalsweise erbracht. Um aber im Jahresverlauf die notwendige Flexibilität zu ermöglichen (um bspw. auf Arbeitsspitzen reagieren zu können), vereinbaren Auftraggeber und Auftragnehmer die Möglichkeit, bezogen auf das Stundenkontingent das Entstehen von Minder- oder Mehr-Stundenleistungen zu zulassen. Entsprechend entstehende Stundenguthaben oder Stundenschulden sind möglich und werden jeweils auf die Folgequartale übertragen.
- (5) Die Sach- und Fremdkosten müssen im jeweiligen Kostenvoranschlag vom Auftragnehmer geschätzt werden und werden mit der Abrechnung eines Auftrags abgerechnet. Sach- und Fremdkosten werden nach Aufwand erstattet. Die Kosten darüber sind nachzuweisen. Grundsätzlich gilt für Sachkosten, dass diese vor Entstehung durch den Auftraggeber genehmigt und freigegeben werden müssen.
- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Vergabe von Sach- und Fremdleistungen nach den allgemeinen Wettbewerbsgrundsätzen, bzw. den rechtlichen Vorgaben des Auftraggebers zu verfahren. Die erforderlichen Vergabeverfahren führt der

Auftragnehmer selbstständig durch und dokumentiert seine Entscheidung. Die Sach- und Fremdleistungen stellen Subunternehmen des Auftragnehmers dar.

§ 6 Budget und Vergütung

- (1) Der gesamte Rahmenvertrag umfasst folgendes maximales **Gesamtbudget** (brutto):
1.350.000 Euro (brutto). Dies umfasst:
Los 1: ca. 607.500 Euro (netto)
Los 2: ca. 486.000 Euro (netto)
- (2) Das Maximalbudget für die **laufende Beratung** beträgt jährlich:
Los 1: xx.xxx Euro (netto)
Los 2: xx.xxx Euro (netto)
Aus diesen Budgets müssen alle Kosten (Beratungs- und Fremdkosten) bestritten werden. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diesen Bruttowert jährlich einzuhalten.
- (3) **Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf Beauftragung des gesamten zur Verfügung stehenden Budgets.**
- (4) Sach- und Fremdkosten werden nach Aufwand erstattet.

§ 7 Abrechnung und Fälligkeit

- (1) Die Leistungen werden grundsätzlich nur nach Leistungserbringung, auf Nachweis und nach Rechnungsstellung fällig und vergütet. Die **jährlichen** Abrechnungen umfassen eine Aufschlüsselung der geleisteten Tätigkeiten, getrennt nach Beraterleistungen und Fremdleistungen. Die Abrechnungen beschreiben die durchgeführten Tätigkeiten, die je Aufgabe eingesetzten Personalstunden (Beratungshonorar) sowie die Rechnungen für Fremdleistungen (Belege und Belegexemplare werden beigelegt).
- (2) Die Vergütung enthalten sämtliche Nebenkosten, wie auch sonstige Kosten. Reisekosten und andere Kosten werden in den zu erstellenden Kostenvoranschlägen ausgewiesen und unter den dort genannten Voraussetzungen vom Auftraggeber getragen.
- (3) Für die Leistungen der **laufenden Beratung** legt der Auftragnehmer zusammen mit der **quartalsweisen** Abrechnung eine Auflistung der erfolgten Tätigkeiten vor. Darin müssen die Tätigkeiten den Arbeitspaketen gemäß § 2 Abs. 1 zugeordnet sein sowie eine Auflistung der geleisteten Stunden enthalten. Die Auflistung muss dabei auch einen Soll-Ist-Abgleich des Stundenbudgets ausweisen. Die quartalsweise Abrechnung wird zum Quartalsende auf Nachweis und nach Rechnungsstellung fällig und vergütet.

- (4) Für projekthafte Leistungen können nach vorheriger Rücksprache Zwischenzahlungen gewährt werden, wenn wesentliche und eigenständig verwertbare Teilleistungen erbracht worden sind. Die Zahlung wird auf Nachweis und nach Rechnungsstellung fällig und vergütet.
- (5) Sämtliche Rechnungen des Auftragnehmers verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer.
- (6) Vorauszahlungen werden nicht gewährt.
- (7) Die Zahlungsfrist beträgt jeweils 30 Tage. Skonti werden nicht gewährt.

§ 8 Berichtspflichten

- (1) In einem **Statusreport** ist in der Regel monatlich, bzw. bei Bedarf des Auftraggebers über den Sachstand, Termine und anstehende Aufgaben zu allen Tätigkeiten zu berichten.
- (2) Der Statusbericht wird nicht gesondert vergütet, sondern ist Teil der einzelnen Aufgaben.

§ 9 Nutzungsrechte

Der Auftraggeber möchte die Nutzungsrechte aller Bestandteile der Leistung erhalten, insbesondere um die einzelnen entwickelten Werke auch für andere Maßnahmen außerhalb des Vertrages und nach Vertragsbeendigung verwenden zu können. Es gilt folgendes:

- (1) Der Auftraggeber erwirbt mit der vollständigen Zahlung der Vergütung der Leistung das zeitlich, örtlich, inhaltlich, nach Verwendungszweck und in jeder sonstigen Weise uneingeschränkte und ausschließliche Nutzungsrecht zur Veröffentlichung, Vervielfältigung und Verwertung an dem vom Auftragnehmer erbrachten Werk, soweit die Übertragung nach deutschem Recht oder den tatsächlichen Verhältnissen möglich ist. Zieht der Auftragnehmer zur Vertragserfüllung freie Mitarbeiter (Erfüllungsgehilfen) heran, wird der Auftragnehmer deren Nutzungsrechte erwerben und im gleichen Umfang an das Land Baden-Württemberg übertragen.
- (2) Zieht der Auftragnehmer zur Vertragserfüllung Dritte (Erfüllungsgehilfen, freie Mitarbeiter oder sonstige Unterauftragnehmer/ Subunternehmer) heran, wird der Auftragnehmer deren Nutzungsrechte erwerben und im gleichen Umfang an den Auftraggeber übertragen. Der Auftraggeber ist berechtigt, Einsicht in die mit Dritten geschlossenen Verträge, die zur Erfüllung dieses Vertrags und der Auftragserteilungen nötig sind, zu nehmen.

- (3) Mit der Bezahlung eines Werkes darf der Auftraggeber dieses Werk einschließlich aller denkbaren Rechtspositionen an Ideen, Entwürfen und Gestaltungen ohne Mitwirkung des Auftragnehmers ausschließlich und (auch zeitlich) uneingeschränkt ohne weiteres Entgelt nutzen und ganz oder teilweise beliebig auswerten. Dies gilt auch bei vorzeitiger Beendigung des Vertragsverhältnisses. Der Auftraggeber darf zudem Dritten unentgeltlich das einfache Nutzungsrecht einräumen.
- (4) Ein Anspruch auf Nennung des Urhebers besteht nicht. Der Auftraggeber wird dies jedoch in Einzelfällen gestatten.
- (5) Die Lizenzgebühren sind mit der Entwicklung und Durchführung der Maßnahmen abgegolten. Ein weiterer Anspruch auf Lizenzgebühren wird schon jetzt ausgeschlossen.
- (6) Der Auftragnehmer wird die im Rahmen dieses Vertrages gewährten Leistungen, insbesondere sämtliche Ideen, Entwürfe und Gestaltungen nicht in gleicher oder abgeänderter Form für andere Auftraggeber verwenden.

§ 10 Haftung

- (1) Der Auftragnehmer haftet für Schäden aus vertragstypischen Leistungen, die durch eigene Mängel, Verzug oder Nichterfüllung ihrer Verpflichtung entstehen. Eine Schadensersatzpflicht des Auftragnehmers für Schäden tritt jedoch erst dann ein, wenn der Auftraggeber dem Auftragnehmer die beanstandeten Mängel mitgeteilt und der Auftragnehmer die Mängel innerhalb von zehn Werktagen nicht behoben hat. Die Schadensersatzpflicht umfasst insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Kosten für eine neue Konzeption, Planung und Herstellung der Produkte der Kampagne.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, ihre Risiken aus den Einzelverträgen durch eine Vermögens-Haftpflichtversicherung zu decken, deren Bestehen sie dem Auftraggeber auf ihre Anforderung jederzeit nachzuweisen hat. Die Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers muss mindestens folgende Deckungssummen pro Schadensereignis enthalten: für Personen- und Sachschäden zuzüglich Folgeschäden 2.500.000,00 €; für Vermögensschäden 500.000,00 €. Die vorstehend genannten Deckungssummen müssen pro Versicherungsjahr mindestens zwei Mal zur Verfügung stehen.

§ 11 Wettbewerbsverbot

- (1) Der Auftraggeber verpflichtet sich, vor Abschluss dieses Vertrages und bis zur Beendigung aller Arbeiten für die Auftraggeberin diesen über mögliche

Konkurrenzkonflikte mit anderen Kunden der Auftragnehmerin zu informieren. Ein Wettbewerbsverbot besteht nicht.

- (2) Der Auftraggeber kann jederzeit mit anderen Beratungsbüros oder Dritten Verträge über Beratungsleistungen abschließen. Er ist nicht verpflichtet, ausschließlich die Auftragnehmer mit der Erbringung von Beratungsleistungen im Bereich des Vertragsgegenstandes zu beauftragen.

§ 12 Vertraulichkeit

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die ihm im Zusammenhang mit der Beratung zur Verfügung gestellten vertraulichen Informationen vertraulich behandeln und nur zu dem in der Aufgabe beschriebenen Zwecke zu verwenden. Er verpflichtet sich, die Informationen nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Informationsgebers Dritten zugänglich zu machen.
- (2) Der Empfänger wird insbesondere angemessene Vorkehrungen treffen um einen Zugriff nicht berechtigter Personen auf die vertraulichen Informationen zu verhindern, mindestens aber diejenigen Vorkehrungen, mit denen das Unternehmen vertrauliche Informationen über sein eigenes Unternehmen schützt; den Auftraggeber unverzüglich informieren, sofern er Kenntnis davon erlangt, dass besonders vertrauliche Informationen unter Verstoß gegen diese Vertraulichkeitserklärung weitergegeben wurden.
- (3) Die Verpflichtung zur Geheimhaltung, und Nicht-Weitergabe findet nur Anwendung auf Informationen, die
 - (a) nicht bereits allgemein bekannt sind;
 - (b) dem Empfänger nicht bereits vorher von der Gesellschaft oder deren Vertretern auf nicht vertraulicher Basis gewährt worden waren;
 - (c) dem Empfänger nicht von Dritten auf nicht vertraulicher Basis zugänglich gemacht wurden, es sei denn, dass dem Empfänger bekannt war, dass dieser Dritte seinerseits durch die Weitergabe eine Geheimhaltungsvereinbarung mit dem Veräußerer oder der Gesellschaft verletzt hat.
 - (d) die auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder auf Anordnung von Behörden oder Gerichten offen zu legen sind. Der Empfänger wird über Art und Umfang der Offenlegungspflicht den Informationsgeber vorab schriftlich informieren und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme und Verteidigung geben.

- (4) Der Empfänger hat auf Ersuchen des Informationsgebers, spätestens aber sobald er die vertraulichen Informationen für das in der Präambel beschriebene Projekt/Aufgabe nicht mehr benötigt werden, diese, einschließlich etwaiger Kopien, anderer Reproduktionen und Aufzeichnungen, welcher Art auch immer, unverzüglich zu vernichten, bzw. zu löschen, oder an den Informationsgeber zurückzugeben. Die Vernichtung und die Löschung der Unterlagen ist auf Verlangen zu bestätigen.
- (5) Diese Pflichten zur Löschung gelten nicht für vertrauliche Informationen, die aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungsfristen oder standardmäßiger IT-Backup-Prozesse weiter aufbewahrt werden müssen.
- (6) Die Verpflichtungen zur Vertraulichkeit bestehen nach dem Ende der Laufzeit dieser Erklärung fort.

§ 13 Datenübergabe und Aufbewahrung

- (1) Der Auftragnehmer ist jederzeit auf Anforderung und unaufgefordert am Ende der Vertragszeit dazu verpflichtet, alle erarbeiteten Produkte und deren Zwischenschritte (also z.B. offene Dateien von der einzelnen Berechnungsschritte zur Mobilitätsgarantie und zum Mobilitätspass, ebenso wie Konzept- und Rechtsentwürfe) vollständig dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen.
- (2) Der Auftragnehmer wird alle Unterlagen (Reinzeichnungen, Ausdrucke, Druckunterlagen, Protokolle, Dokumentation der Berechnungsschritte, Konzepte, Rechtsentwürfe usw.) mindestens für die Dauer der Vertragslaufzeit aufbewahren und anschließend dem Auftraggeber aushändigen. Unabhängig davon sind gesetzliche Aufbewahrungsfristen, z.B. 10 Jahre für Rechnungen, zu beachten. Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit, auch vor Ablauf, die Herausgabe sämtlicher im Zusammenhang dem Auftrag entwickelten und/oder hergestellten Unterlagen zu verlangen, wenn das Vertragsverhältnis vorher, gleich aus welchem Grunde, endet. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber die Unterlagen innerhalb von zehn Tagen nach Aufforderung aushändigen. Auf Wunsch des Auftraggebers wird den Auftragnehmer die vorbezeichneten Unterlagen, statt sie auszuhändigen, innerhalb von 30 Tagen nach Aufforderung vernichten. Die Kosten der Vernichtung trägt der Auftraggeber.
- (3) Alle vom Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellten Unterlagen, insbesondere, aber nicht ausschließlich, Charaktere, Logos, bestehende Gutachten und vorbereitende projektbezogene Unterlagen sowie Ideen jeglicher Art, sind und

verbleiben stets im Eigentum des Auftraggebers. Die Auftraggeberin kann diese jederzeit ohne Angabe von Gründen zurückverlangen.

- (4) Ein Zurückbehaltungsrecht, gleich aus welchem Rechtsgrund, des Auftragnehmers an Unterlagen und/oder Gegenständen ist ausdrücklich ausgeschlossen.

§ 14 Laufzeit, Kündigung

- (1) Der Vertrag beginnt am **xx.xx.xxxx**. Der Vertrag hat eine Laufzeit von drei Jahren und endet ohne Kündigung am 30.11.2024. Er kann um ein Jahr, bis 30.11.2025 verlängert werden.
- (2) Der Vertrag ist für beide Parteien jederzeit aus wichtigem Grund kündbar.
- (3) Wird der Vertrag aus wichtigem Grund gekündigt, so ist der Auftraggeber verpflichtet, dem Auftragnehmer die Honorare zu erstatten, die nachweislich bis zum Zeitpunkt der Kündigung angefallen sind und denen der Auftraggeber schriftlich zugestimmt hat. Die bis dahin geleisteten Dienste des Auftragnehmers sind anteilig abzurechnen, es sei denn, dass die bis zum Zeitpunkt der Kündigung geleisteten Dienste des Auftragnehmers für den Auftraggeber nicht verwertbar sind. Eine Zahlungspflicht des Auftraggebers für Leistungen nach Ausspruch der Kündigung entfällt. Der Auftragnehmer ist zur Rückzahlung der bereits durch den Auftraggeber gezahlten Beträge verpflichtet, soweit die bis zum Zeitpunkt der Kündigung von dem Auftragnehmer erbrachten Leistungen zu dem vertraglich vorgesehenen Zweck nicht verwertbar sind.
- (4) Die Kündigung ist schriftlich zu erklären.

§ 15 Sonstige Bestimmungen

- (1) Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist Stuttgart.
- (2) Als Gerichtsstand wird Stuttgart vereinbart.
- (3) Änderungen dieses Vertrages bedürfen zu Ihrer Gültigkeit der Schriftform. Eine Änderung dieser Regelung bedarf ebenfalls der Schriftform. Die Vertragsparteien haben keine mündlichen Nebenabreden getroffen.
- (4) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder nicht durchführbar sein, so wird die Wirksamkeit des Vertrages als Ganzes nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich vielmehr, die unwirksamen Bestimmungen durch wirksame und durchsetzbare zu ersetzen, die den wirtschaftlichen Zweck des Vertrages in rechtlich zulässiger Weise auch rückwirkend ermöglichen. Entsprechendes gilt für etwaige Vertragslücken.

Auftraggeber:

Auftragnehmer:

Stuttgart, den

_____, den

Land Baden-Württemberg,

vertreten durch Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (VM)

vertreten durch den Ministerialdirektor Berthold Frieß